

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Jahresabonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Berlin-Dahlem).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 20.

Berlin, Sonnabend, 9. März 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Liberalismus und Sozialismus. — Erste deutsche
Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen. —
Ein Friedensvertrag in der Berliner Seidenfabrikindustrie. —
Allgemeine Rundschau. — Längstberichter über das
Jahr 1906. — Gewerkeamt. — Verbands-Zeit. —
Anzeigen-Zeit.

Liberalismus und Sozialismus.

In einem Atemzuge kann man die Begriffe
Liberalismus und Sozialismus eigentlich gar nicht
nennen. Eine tiefgehende Kluft tut sich zwischen
ihnen auf. Jedemfalls dann, wenn man den Sozial-
ismus im Sinne der marxistischen Sozialdemokratie
auffasst. Denn man nur an den Staatssozialismus,
so hat der moderne Liberalismus sich mit jenem längst
auf einen guten Fuß gestellt. Seine Anforderungen an
die Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter und
seine die Arbeiterversicherung fördernde Stellung sind
Beweis dafür. Wohl stellt der Liberalismus die
Ausbildung der Persönlichkeit, um sie zur eigenen
Kraftbetätigung, um sie zur Selbsthilfe, zu befähigen, in
den Vordergrund. Die Festhaltung unserer sozialen
und wirtschaftlichen Verhältnisse aber hat ihn längst
davon überzeugt, daß die Selbsthilfe nicht überall
ausreicht und es daher auch der Staatshilfe zur Er-
langung einer höheren sozialen Gerechtigkeit bedarf.

Der Sozialismus im Sinne der Sozialdemokratie
erstrebt die völlige Befreiung der bestehenden Staats-
und Wirtschaftsordnung, weil er von der Meinung
ausgeht, daß vollkommene Zustände nur geschaffen
werden könnten, wenn an die Stelle des privaten
Eigentums sämtlicher Besitz in Gesellschaftseigentum
umgewandelt und die völlige Gleichheit in materiellen
Dingen zum ökonomischen Prinzip erhoben werde.
Gleichviel, wieviel der einzelne arbeitet, an dem Gesamt-
ertrag der Arbeit aller soll er mit dem gleichen An-
teil beteiligt sein.

Das gegenwärtige Wirtschaftssystem ist weit ent-
fernt davon, vollkommen zu sein. Es hat aber den
Vorzug, daß es zahlreiche treibende Kräfte in sich
birgt, die den gesamten Wohlstand energisch fördern,
ja selbst auch da, wo die Entfaltung dieser Kräfte rein
äußerlich betrachtet, nur als Selbstzweck erscheint.
Im sozialistischen Wirtschaftsprinzip würden diese
Kräfte vollkommen fehlen. Wo aber der einzelne kein
Interesse hat, vorwärts zu kommen, da kommt auch
die Gesamtheit nicht vorwärts. Der Wohlstand würde
rasch zurückgehen und Not und tieferes Elend, statt
des derzeitigen Glücks, über alle kommen.

Hier sprachen wir von den ökonomischen Prinzipien
der Weltanschauungen, wie sie durch den Liberalismus
bzw. den Sozialismus vertreten werden.

Die Verschiedenheiten in den Weltanschauungen
der beiden einander gegenüberstehenden Richtungen
werden jetzt, nach dem für die Sozialdemokratie un-
günstigen Ausgang der Reichstagswahlen, wieder leb-
hafter erörtert. Wäre der Sozialismus im sozial-
demokratischen Sinne jemals zu verwirklichen, so könnte
es nur möglich sein auf dem Umwege durch den
Liberalismus. Der Liberalismus müßte durch die
starke Betonung der Persönlichkeit im Menschen den
Weg menschlicher Vollkommenheit erst schaffen, der
notwendig wäre, um alle materiellen Gedanken im
Menschen so stark in den Hintergrund treten zu lassen,
daß allein ein höher, reiner Idealismus, eine freundliche
Begeisterung den Trieb nach vorwärts die nötige
Spannkraft verleihe. Ob ein so hohes Maß von
allgemeiner Bildung und menschlicher Vollkommenheit
wirklich einmal zu erreichen ist, muß natürlich dahin-
gestellt bleiben. Sicherlich ist, daß die Menschheit
nach diesem Ziele streben wird, und ihm auch immer
näher kommt, wenn nicht Katastrophen diesen Aufstieg
unterbrechen und die Menschheit wieder zurückwirft.
Wir arbeiten an diesem Ziele, wie es diejenige
genau, die vor uns leben und es diejenige tun
werden, die nach uns die Welt bewohnen. So bilden
die Generationen der Väter eine endlose Kette. Die

Generationen reichen einander die Hände auf der
Stufenleiter der Kultur. So steigt die Menschheit
empor!

In dem Maße, wie der Glaube an den Sozialis-
mus abnimmt, wird das Vertrauen auf den Liberalis-
mus erstarken. Im Interesse des Volkes wäre dieser
Umschwung dringend zu wünschen. Innerhalb der
Sozialdemokratie treten immer mehr Kräfte auf, die
mit sittlichem Ernst die Prinzipien des Sozialismus
prüfen und immer neue Kritiker in ihnen entdecken.
Wissenschaftlich ist der sozialdemokratische Sozialismus
schon jetzt überwunden und abgetan. In der Masse
aber ist der Glaube an ihn, wenn auch tief er-
schüttert, so doch immer noch sehr stark. Es ist jeden-
falls von Bedeutung, daß angesehenen sozialistische
Schriftsteller, so z. B. der „Genosse“ Dr. Froh, in
der Braunschweig „Neuen Gesellschaft“ aneinanderberieht,
daß die 2 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler
keineswegs harmlose Kämpfer seien, daß vielmehr
mindestens 2 Millionen „nur als Mittläufer“ in
Betracht kommen könnten. Darum meint „Genosse“
Dr. Froh:

„Die nächsten Wahlen werden, wenn unsere
Bahnen die gleichen bleiben, voraussicht-
lich aus noch einer schlimmeren Niederlage
bringen. Ich halte es für richtiger, wenn wir dies
Resultat ins Auge fassen und zu vermeiden suchen, als
dies wir uns wieder, wie bei diesen Wahlen, davon über-
lassen lassen. Der Nimbus unserer Unbesiegt-
lichkeit, unserer unaufhaltsamen Vor-
wärtsdringens ist zertrübt. Wie jede Nieder-
lage, so wird auch diese auf die Mittelalter eine ernst-
liche und demoralisierende Wirkung aus-
üben. Schon die homöopathischen Mittel sind auf der
Seite der Siegenden. Und die Bürgerlichen haben
gesehen, was sie gegen uns leisten
können, wenn sie gegen uns zusammenstürzen.
Sie werden schon die Augenwendung sehen.“

Noch interessanter ist, was der hervorragende
Führer der französischen Sozialisten, Jean Jaurès,
über ihre künftige Taktik der deutschen Sozialdemo-
kratie andeutet. In der Zeitschrift „März“ äußert er
sich über die Frage des Absolutismus und des parla-
mentarischen Regiments mit dem Schluß, daß man
durch den Liberalismus zu einem wirklichen parla-
mentarischen Regiment kommen kann. Er wirft dann
die Frage auf, ob die Sozialdemokraten den Libera-
lismus überdauern sollten. Er bejaht diese Frage, wenn
Deutschlands bürgerlicher Liberalismus kraftvoll da-
nach strebe, ein Programm zu verwirklichen, worin
politische Freiheit, konstitutionelle Kontrolle und der
Friede ständen. Jaurès will nicht warten, bis der
Liberalismus die Hüfte der Sozialdemokratie fordert,
das könnte wohl auch noch ein wenig lange dauern,
sondern er will, daß die deutsche Sozialdemokratie
zuerst vorange und einen klaren politischen Schritt
tue. Die Sozialdemokratie müsse dem bürgerlichen
Liberalismus gegenüber so handeln, als ob er eine
ernsthafte aufstrebende Kraft wäre. Es ist klar, soweit
er es jetzt noch nicht ist, würde er es sicherlich sein,
daß der Liberalismus nicht zwischen zwei Feuer ge-
halten bleibe, d. h. zwischen der Reaktion und der
Sozialdemokratie, daß vielmehr der Liberalismus
von links her energische Unterstützung fände.

Der Liberalismus habe zu beweisen, daß er
erstlich die politische Freiheit und die Demokratie
wolle, indem er in allen Landtagen, wo er Einfluß
habe, das allgemeine Wahlrecht sowie eine gerechtere
Wahlkreisverteilung bei den Reichstagswahlen fordere.
Der Liberalismus müsse kämpfen für die Geistes-
freiheit, für eine konstitutionelle Regierungsgewalt und
für den Frieden, wofür dann die Sozialdemokratie
ihm mit der ganzen ungebundenen Kraft des Proletariats
zu helfen habe, die Anhänger der Reaktion
zu bekämpfen.

Von einer objektiven Seite muß man die Dinge
so beurteilen, wie es Jaurès tut. Die Gebildeten
unter den Arbeitern werden das auch verstehen. Die
heute hinter der Sozialdemokratie blühtings her-

laufenden Massen aber reagieren nicht auf Jaurès
Rat. Da muß gepölkert und geschimpft werden auf
den Liberalismus und das Bürgertum. Und wer
am besten und rohesten schimpft, hat auch den größten
Beifall.

Uns scheint aber, daß eine neue Generation
emporsteigt, die mit neuen Idealen für Freiheit und
Gerechtigkeit befeuert und dadurch stark ist. Diese
Generation dürfte der Sozialdemokratie entgegen-
stehen, weil diese Partei nicht die Freiheit fördert,
sondern längst selbst zum Schulbeispiel brutaler Un-
freiheit geworden ist.

Gewaltig werden auch die Deutschen Gewer-
vereine, die in ihren Prinzipien die liberale Welt-
anschauung vertreten, emporkommen, wenn die Jugend
in großer Zahl zu ihnen kommt. Wer die Jugend
hat, hat auch die Zukunft. Darum werbet die
Gewerkevereine gehrt!
K. G.

Erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen.

Zum Abschluß der Arbeiterinnen

sprachen drei Referenten: Zu den Krankenkassen Frau
Bernhard Berlin, zu den Gewerbeberichten Frau
Joffe von Nischhofen, Heibelberg und zu den
Arbeitskammern Herr Professor Dr. Garmus-Jena.
Referate und Diskussion fanden durch Annahme nach-
stehender Resolution ihren Ausbruch:

Die Konferenz fordert zur Sicherung und Geltung der
Rechtslage der Arbeiterinnen:

I. bei den Krankenkassen: daß bei der bevorstehenden
Reform der Versicherungsangelegenheit die Selbstverwaltung
der Krankenkassen ihrer kulturfördernden Wirkung wegen
in vollem Umfang aufrecht erhalten bleibt, und daß bei
den beiden anderen Versicherungsarten gleiche Rechte für
Arbeiter und Arbeiterinnen geschaffen werden, und daß
zentralisierte Krankenkassen vorgeschrieben werden.

II. bei den Gewerbeberichten: daß den Arbeiterinnen
das aktive und passive Wahlrecht zugesichert wird, nach
Ratgabe der den Arbeitern zustehenden Rechte.

III. bei den Arbeitskammern: a) die baldige Einrich-
tung von geeigneten Interessensvertretungen für die lohn-
arbeitenden Klassen. Diese Interessensvertretungen (Arbeits-
kammern) sollen sich aus Arbeitgebern und Arbeiterinnen
in gleicher Zahl zusammensetzen; b) daß allen Arbeiterinnen
für die Arbeitskammern auf der Basis voller Gleichberech-
tigung mit den Arbeitern das aktive und passive Wahl-
recht eingeräumt wird; c) daß die Arbeitskammern als
selbständige Organisationen ins Leben gerufen werden, da
— von anderen Gründen abgesehen — beim Ausschlag an
die Gewerbegerichte das Wahlrecht der Frauen nach den
zurzeit herrschenden Auffassungen nicht durchführbar wäre.

Zum Punkt III, Arbeitskammern, gab der
Zentralratsvertreter Winter folgende Erklärung ab:
Die Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Daunders) haben
sich auf ihrem Verbandstag in Hannover für
Arbeiterkammern erklärt, in denen nur Arbeiter
und keine Arbeitgeber vertreten sind, als Gegengewicht
zu den Handels- und Handwerkerkammern, die nur
aus Unternehmern und Meistern bestehen. In diesen
werden die Vertreterinnen der Deutschen Gewer-
vereine auch für partielle Arbeitskammern stimmen,
da diese mehr Aussicht auf baldige Einführung haben
als die reinen Arbeiterkammern, andererseits auch durch
das persönliche Zusammenwirken der Arbeiter mit den
Arbeitgebern der soziale Frieden und die Einführung
der Tarifverträge gefördert werden kann.

Bei dem nun folgenden Thema:

Die Fabrikarbeiterin als Hausfrau und Mutter,
traten die vorhin angeführten zwei Weltanschauungen
am deutlichsten und heftigsten in Erscheinung. Referen-
ten waren: Frau Emu Gordon-Würgburg und
Herr Professor Mayer-Berlin. Erstere sprach über
die ungünstige Lage der verheirateten Fabrikarbeiterin
und die schweren dadurch entstehenden Schäden für
das Familienleben. Zeitgenossen sprach über die
Mutterschaftsversicherung, eine in Italien existierende

Professorenversammlung ein, in der der Kollege Gotthard Brande in scharfen Worten das Vorgehen der Firma A. Berthelm geteilt und an der Hand eines umfassenden Materials nachwies, wie tief einschneidend die Konkurrenzflaue auf das Unerbittliche der Handelsangehörigen wirkt. Einmütig wurde in der Diskussion der Entzweiung Ausdruck gegeben, die das Gebot der Firma A. Berthelm in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, und Verbandsratgeber Hr. Karl Goldschmidt erklärte, daß die Arbeiter der Deutschen Gewerkschaften hinter dem Verein der Konkurrenzflaue stehen im Kampfe wider die Konkurrenzflaue der Firma Berthelm im besonderen bis zum vollen Siege. — Einmütig wurde eine Resolution angenommen, in der die Firma aufgefordert wird, aus Gründen der Moral die Konkurrenzflaue sofort anzuhängen. Dieser einstimmige Protest ist nicht ungehört verhallt. Am 19. Februar fanden wieder vier der Konkurrenzflaueprojekte der Firma A. Berthelm gegen frühere Angehörige, die zum Kaufhaus des Westens, S. m. b. H. übergegangen waren, zur Verhandlung. Ein Projekt ist aus rein persönlichen Gründen verlagert worden. Drei Klagen hat die Klägerische Firma bebingungslos zurückgenommen. Hier hat sich die Macht der Organisation voll bewährt, und wiederum haben die Handelsangehörigen gesehen, daß der Verein der Deutschen Kaufleute es war, der als erster für die Interessen der Handelsangehörigen auf dem Kampfplatze erschien und siegte.

§ Berlin. Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat nach und nach eine Form angenommen, die man nicht mehr als vorläufig für die Arbeiterfrage betrachten kann. Gerade wo die größte Unklarheit herrschen sollte, besteht eine heilige Zerplitterung. Und was hat saubere daran? Es ist das Hintertreiben von politischen und religiösen Streitfragen in die Berufsorganisationen der Arbeiter. In unserm Beruf der Konditionen haben wir unter dieser Zerplitterung sehr zu leiden. Der sogenannte „Zentralverband“ ist sozialdemokratisch, viele Mitglieder dieser Organisation üben einen unerhörten Druck auf die anderen bestehenden Schichten aus. Wüßt du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein! Nach diesem Rezept verfahren die „Zielbewußten“. Dann ist zu nennen der Bäder- und Konditionistenbund, welcher von den Meistern der Jungfrauen von Groß-Berlin ins Leben gerufen wurde. Dieser Bund kann für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nichts tun, weil er in Abhängigkeit der Meister steht. Dann kommt noch der falsche Verband. Dieser Verband verfolgt eine deutsch-nationale, d. h. wohl antijüdische Tendenz. Die von diesem Verband an den Arbeitgebern gerichteten Schreiben beweisen, daß diese Organisation aus nicht von Vorteil sein kann. Unser Gewerkschaftsrat der Konditionen wird von den vorher genannten Organisationen angegriffen, weil wir nicht mit den Sozialdemokraten mitlaufen, bezw. weil wir auf dem Boden der Neutralität mit aller Energie bemüht sind, die Lage der Schiffsahrt zu verbessern. Wir verlangen, daß die Arbeitgeber durch ihre Vertreter mit den Vertretern der Arbeiterberufvereine in Sachlichkeit verhandeln. Auf dem Standpunkt, die Arbeitsbedingungen in tatsächlichen Abmachungen zu regeln, den wir zuerst angenommen und dauernd beibehalten haben, sind inzwischen doch auch die „Zielbewußten“ gekommen. Das man jahrelang verdröhnte und verpöbelte, macht man jetzt selbst. Das ist ein großer

Triumph für die Siegestraße der Gewerkschaften. Die gesamte Entwicklung der Arbeiterbewegung wird weiter zeigen, daß nur auf dem von den Gewerkschaften vorgezeichneten Wege die Sache der Schiffe wie der Arbeiter überhaupt, wirksam gefördert werden kann. Darum ist es aber auch nötig, daß die Schiffe in großer Zahl in unsere Organisation eintreten. Das ist jetzt umso mehr notwendig, als wir uns bemühen, den Reichstag dahin zu bringen, daß er unsere Wünsche auf eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erfüllt. Wir müssen ferner eine vernünftige Regelung im Kopf und Logikweisen herbeiführen. Wenn der Schiffe heute fertig ist mit der Arbeit, dann muß er einen gesunden und freundlichen Aufnahmestort für sich in Anspruch nehmen können. Darum, ihr Konditionisten, hinein in den Gewerkschaften der Konditionen!

§ Düsseldorf. Die rheinisch-westfälischen Gewerkschaften hielten Sonntag, den 17. Februar, in Düsseldorf eine sehr gut besuchte Konferenz ab, auf welcher 116 Delegierte vertreten waren und die sich mit den „Aufgaben des bevorstehenden Verbandstages“ beschäftigte. Verbandsratgeber Boersch hatte hierzu das Referat übernommen. Nach eingehender Diskussion, die sich bis zum Abend hinzieht, gelangte einstimmig nachstehende Resolution zur Annahme:

„In Erwägung, daß die bisherige Entwicklung der Deutschen Gewerkschaften mit den Fortschritten der Konkurrenzorganisationen nicht gleichen Schritt gehalten hat, hält die außerordentliche Konferenz der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften gewisse Reformen nach der grundsätzlichen wie technischen Seite der Gewerkschaftsbewegung hin für unbedingt erforderlich, wenn diese nicht allmählich ganz ins Hintertreffen geraten soll.“

- Als solche unablässige Reformen betrachtet die Konferenz:
1. Die grundsätzliche Klärung der Stellung der Gewerkschaften gegenüber dem Unternehmertum, dem Staat und der Gesellschaft;
 2. den Ausbau des Selbstverwaltungsbereiches der Ortsvereine, Delegationsstellen der Verwaltung, Demotransparenz der Mitgliederrechte, Reorganisation der Mitgliederzahl der leitenden Körperstellen;
 3. die Verbesserung der Verwaltungsmaterialien, Verdrückung und Verdrückung von aufstrebenden und agitatorenfähigen Schichten;
 4. die Entwicklung größerer Initiativen seitens der Zentralstellen in Fragen, welche die Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung betreffen;
 5. die mögliche Vereinfachung der Mitgliedsbeiträge, Erhöhung der Mitgliedsbeiträge in den Gewerkschaften, die heute noch mit ganz unzulänglichen Beiträgen arbeiten, Ausbau des Beamtenapparates und der Bezieherstellen.
- Die Konferenz hofft von dem bevorstehenden Verbandstag der Gewerkschaften, daß er den aufgeworfenen Fragen näher treten und die notwendige Auswegung für die unablässigen Reformen geben wird.
- Die Konferenz erwartet ferner von dem Verbandstag, daß er mit der Leitung des Verbandes eine Person beauftragt, welche die Gewähr bietet, daß sie im Sinne der vorher genannten Forderungen wirkt und diese mit aller Kraft und Energie zur Durchführung bringt.“

Nachdem noch mehrere Vorträge für den Verbandstag angenommen waren und man beschlossen hatte, den ordentlichen Delegiertenkongress des Westfälischen Verbandes erst nach dem Verbandstag (2. Juni) stattfinden zu lassen, fand die Konferenz ihr Ende.
Dr. Boersch.

Verbands-Zeitung

Berlin. Disziplinierliche der Deutschen Gewerkschaften (D.-G.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, NO. Greifswalderstr. 221/223. Güte willkommen. — **Eintragsbuch der Deutschen Gewerkschaften (D.-G.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Besprechung im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften (Werner Saal). Güte herzlich willkommen. — **Sonnabend, 9. März.** **Wachschleusen:** a. **Metallarbeiter II.** Ab. 8 Uhr, Reichsstr. 36a. 1. Mitteilung; 2. Wahl eines Abgeordneten zum Verbandstag; 3. Vortrag des Kollegen G. Gahlitzel: „Die Aufgaben des nächsten Verbandstages“; 4. Anträge zum Verbandstag. — **Wachschleusen:** b. **Metallarbeiter V.** Ab. 8 1/2 Uhr Reich. I.-O.: Protokoll; Wahl des Vertreters zum Verbandstag; Vortrag des Generalsekretärs Kollegen Hartmann: „Der Vortrag in der Selbstmetallindustrie“; **Wachschleusen:** c. **Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Schumann, Malplogerstr. 10. Wahl des Vertreters zum Verbandstag; Vortrag des Kollegen Rathgeber über: „Die Aufgaben des nächsten Delegiertenkongresses“; **Wachschleusen:** d. **Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Hall, Köpenickerstr. 1. 1. Protokoll; 2. Monatsbericht; 3. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag; 4. Verfassungsentwürfen; 5. Berichtsbereich. — **Wachschleusen:** e. **Metallarbeiter L.** Sonntag, 10. März. Vorm. 9 1/2 Uhr pünktlich in Reicherts Saal, Bergstr. 69, großer Saal. Wahl des Verbandstagsdelegierten. Vortrag des Herrn Lehrer Dröwin: „Denkmalstätten eines Arbeiters“; **Wachschleusen:** f. **Metallarbeiter XII.** 9. März, 8 abds., Zahlabend bei Schumann, Brunnenstr. 119. — **Ziergarten.** 9. März, abds. 8 Uhr, Monatsversammlung bei Wilhelm Solofin, Ratenstr. Beitragszahlung. Wahl zum Verbandstag u. a.

Orts- und Bezirksverbände.
Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Besale des Herrn Will. Schille-Rattler, Disziplinierende. — **Nachm. (Disziplinierende).** Jeden Sonnabend 9 Uhr Eignung bei Halber, „Sägerhof“. — **Stettin. Norddeutscher Metallarbeiterverband.** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Disziplinierabend im Saal Engelst, Schifferstr. 9a. Güte willkommen. — **Hagen (Ortsverband).** Sonntag, 10. März, nachm. 4 Uhr, Ortsverbandversammlung bei Wöhlberg, Bismarckstr. 77. — **Halle (Ortsverband).** Sonntag, 10. März, vorm. 9 Uhr, Beschäftigung der Schlichter Papierfabrik. Commetori: Herr Richter, Eumans. Sonntag, 17. März, ab. 8 Uhr, in der Bismarckstr. Vortrag über: Nahrungsmittel und Gesundheitsfragen. Ref.: Rand. der Chemie Herr A. Eitner. — **Magdeburg.** Sonntag, 17. März, nachm. 3 Uhr im Stadtballsaal, Leipzigerstr. Versammlung. L.-O.: Anträge zum Verbandstag.

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Künstlerische Ausführung. — Billigste Preise in
*** Vereinfahren ***
Chäyren, Fahnenbänder, Vereinsabzeichen, etc.
Carl Hoff's Fahnenfabrik, Kunsttischlerei
Eberach (Würtbg.) Waldseerstr. 16.

Verbandsmitglied
kauft
niemals nach 8 Uhr abends

und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Abendlabenschlusses.

Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Treffpunkt aller Gewerkschaftskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prachtvolle Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regalbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Veranstaltungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlich ein
Carl Brandt, Dekonom.

Mürnberg
ist ein kleineres Fabrikationsgeschäft der Feinmetallbranche (Zitler) Umstände halber sehr billig zu verkaufen. Köstiges Kapital 6000 Mk. für einen strebsamen Mann sichere Erträge. Branchenkenntnis nicht nötig. Gest. Dff. unter Nürnberg an die Expedition d. Gewerkschaft.

Hannover. (Ortsverband). Arbeitsnachweis bei Carl Hebel, Hannover, Postenstraße 22a I.

Hannover. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei Kariguth, Weinbischstr. 1.

Mechernische und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kolleg. erhalten 50 Pf. Reiseunterstützung beim Kaiserer Otto Gaußow, Gaußowstr. 7 und in Torgelow, beim Kollegen Böhle.

Halle (Ortsverband). Das Ortsverbandsgeschäft zählt der Wandreferentier L a n b e, Leipzigerstr. 94, aus.

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23, ist zu haben:

Die Deutschen Gewerkschaften
(Hirsch-Drauder).

== Eine kurzgefaßte Geschichte ==
ihrer Begründung und Entwicklung
von
Karl Goldschmidt.
Berlin 1907.

Der Preis der Schrift beträgt 80 Pf.; für Gewerkschaftler 1 Exemplar 50 Pf., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.; Zusendung franco. Betrag vorher einzulösen an Verbandsratgeber Rab. Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/23.

Cottbus. (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen aller Branchen erhalten Abendsessen, Nachtlager und Frühstück Reichsbahnerstr. 14 bei Bergmann. Karten hierfür bei H. Habermann, Köpferstr. 29, Hof.

Mechernische u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pfennig. Karten beim Verbandsratgeber Otto Gaußow, Gaußowstr. 7.

Frage, die allmählich in Deutschland Eingang fand. Das Hauptinteresse der ganzen Konferenz war auf diese noch ungeklärte Frage gerichtet. Die Sozialistinnen bekämpften die schwarzen Schatten der kapitalistischen Produktionsweise heraus. Sie sprachen verächtlich von der „Flamme am Kohlerd“ und dem „individuellen Bestrahl“, daß die Hausfrau dem Herrn Gemahl vorsteht. Sie ließen sich aber belehren, daß die Zeit der zulus-fislianischen Küchenwirtschaft, wo eine Frau für Hunderte Familien die Suppen, Pfeffersauce und Kohlöpfe zubereitet, noch nicht allzuweit gefommen ist und Frauen, denen selbstzubereitete Speisen besser schmecken als von anderen, doch nicht aus Deutschland gewiesen werden können. Von einigen amüsanten Zwischenfällen abgesehen, brachten die Arbeiterinnen in der Diskussion geradezu erschütternde Vorkläre zur Sprache. Unsere Gewerkschaftsleiterin, Frau Julia Brennenstuhl, die schon erkrankendes Gend gesehen, hielt den gewissenlosen Männern, die Kinder in die Welt setzen und sich nicht darum kümmern, die den halben Arbeitslohn im Schnapsladen verbringen und die Frauen in Klöten lassen, eine Strafpredigt, daß alles nur so weitergehen und fradire. So leibensfähig nun auch die Debatte über Selbsthilfe und Staatshilfe, Selbstverantwortung und Kollektivwirtschaft waren, man einigte sich schließlich auf dem Boden zeitgemäßer praktischer Forderungen. Der Sinn der Verhandlungen fand seinen Niederschlag in folgenden Resolutionen:

Die erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen steht auf dem Standpunkt, daß die Mutterkraft der Fabrikarbeiterinnen eines gesunden Schutzes ermangelt. Die gesundheitschädlichen Einflüsse, welche für die Allgemeinheit der Arbeiterinnen im Fabrikbetrieb bestehen, wirken in erhöhtem Maße ungünstig auf die schwangere Frau und auf das werdende Kind. Zu diesem ungünstigen Vorbedingung tritt der Umstand, daß der Schwängling infolge der baldigen Wiederaufnahme der Arbeit der Mutter die Brustmilch entziehen und sich mit minderwertigen Eutrophen begnügen muß. Die starke Beteiligung der Frau an der Fabrikarbeit unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen führt ferner dahin, daß sie ihren Hausfrauenpflichten sowie ihren Aufgaben als Mutter der heranwachsenden Jugend gegenüber nicht genügend nachkommen kann. Die Mütterliche derjenigen trotzdem nicht zu dem Verzicht, die verheiratete Frau und Mutter aus der Fabrik auszuschließen, da es in überwiegenden Fällen die wirtschaftliche Not ist, welche die Frauen zur Erwerbstätigkeit drängt.

Zur Vermeidung der allseitig anerkannten Schäden fordert die erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen:

1. ausgedehnte Schutzmaßnahmen für die Schwangeren und Wöchnerinnen, der eheleichen wie unehelichen;
2. direkte und indirekte Maßnahmen, welche der Fabrikarbeiterin die Verbindung von Beruf, Hausfrauenpflichten und Mutterkraft erleichtern.

Zum Schutze der Schwangeren und Wöchnerinnen fordert die Konferenz die Einführung einer staatlichen Mutterkassenzusicherung nach folgenden Hauptgrundsätzen:

1. Die reichsrechtliche Krankenversicherungspflicht werde auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sowie auf die Dienstboten, die Hausarbeiter und Hausindustriellen beiderlei Geschlechts ausgedehnt.
2. Der Schutz der Krankenversicherung werde auf die im Haushalt der Kaffeemittelhaber lebenden Angestellten allgemein ausgedehnt unter angemessener Minderung der ihnen im Vergleich mit den Mitgliedern zu erwerbenden Leistungen.
3. Die im Krankenversicherungsgesetz bereits vorhandenen Ansprüche auf eine Mutterkassenzusicherung werden zu einer wirksameren Mutterkassenzusicherung ausgestaltet, indem diese völlig der Krankenversicherung eingegliedert wird, ohne daß bei der Beitragsleistung ein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen, verheirateten und unverheirateten Kaffeemittelhabern gemacht werde.
4. Die Leistungen der Mutterkassenzusicherung sollen bestehen in:
 - a) Unterbringung auf 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung bei geschützter Arbeitsruhe und bei Entgelt des Lohnbeitrages, von dem die Beiträge bezahlt werden, in höher Höhe für weibliche Mitglieder, für weibliche Angestellte in Höhe des ortsüblichen Lohnes erwachsener weiblicher Personen;
 - b) freier Gewährung der Hebammendienste und der ärztlichen Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden;
 - c) Gewährung freier Hauspflege im Bedarfsfalle nach Ermessen des Kaffeemittelhabers;
 - d) Gewährung von Beihilfen für stinkende Mütter in Höhe von 25 Mk. an diejenigen Mütter, welche nach drei Monaten noch stinken und von weiteren 25 Mk. an solche, die nach weiteren drei Monaten noch stinken; jedoch darf, falls der Arzt das Entlassn unterlag, die Prämie nicht gewährt werden.
5. Die Kassen sollen berechtigt sein, Mittel darzuleihen oder aufzubringen zur Gründung, Verdringung oder Unterstützung von Beratungsstellen der Mütter von Schwänglingen, von Schwangeren, Wöchnerinnen, Mütter- und Säuglingsheimen, sowie zur Gewährung von Beihilfen zur Säuglingserziehung.

6. Die Vorschriften der Gewerbeordnung betreffend völlige obligatorische Arbeitsruhe der Schwangeren und Wöchnerinnen sind in Einklang mit den Bestimmungen der Mutterkassenzusicherung zu bringen.
7. Bei einer späteren Vereinheitlichung der deutschen Versicherungsgrundsätze sind die Aufgaben der Mutterkassenzusicherung zu berücksichtigen. Das Reich ist zu einem Zuschuß zu verpflichten.

Zur Erleichterung der Verbindung von Fabrikarbeit und Mutterkraft sind außer der Mutterkassenzusicherung noch folgende direkte und indirekte Maßnahmen als wichtigstes anzustreben:

1. Beförderung der Arbeitszeit.
2. Weite Einschränkung der Frauarbeit in besonders gesundheitsgefährlichen Industrien und Anstellung jahrelanger weiblicher Gewerkschaftsleiterinnen mit selbständigem Tätigkeitsbereich.
3. Ausbildung der jungen Mädchen in Hauswirtschaft und Kinderpflege entweder in der ersten Klasse der Volksschule oder in der obligatorischen Fortbildungsschule.
4. Förderung der Einrichtung von Säuglingsfürsorgestätten und Kinderkrippen in erster Linie durch die Kommunen, durch Vereinsaktivität oder auf genossenschaftlicher Grundlage.
5. Zur Erleichterung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit der beruflich arbeitenden Frau müssen eine Reihe moderner Einrichtungen aus dem Arbeiterhaushalt nutzbar gemacht werden, wie Zentralheizung, des aeme Wasch- und Badereinrichtungen in den Arbeiterhäusern, Erleuchtung des Raumes durch Gas, Elektrizität oder die Kohle- u. Petroleum- u. f. d. g. In diesen Einrichtungen sind sich in einzelnen Häusern von Arbeiterhausgenossenschaften und wären bei fortgeschrittenen Wohnungsreformen noch mehr zu berücksichtigen.

Zur Ausführung der Beschlüsse

wurde das Komitee der Konferenz beauftragt, die aufgestellten Vorschläge der Arbeit und die Beschlüsse der Konferenz a) dem Reichskomitee des Innern, b) dem Reichstage, c) den Landtagen der Bundesstaaten, d) den Berufsorganisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu überreichen und der Bitte, ihre Verwirklichung anstreben und fördern zu wollen, sowie das Komitee in einen ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen zu verhandeln und an die ihm bisher ferngeliebten Organisationen noch einmal die Aufforderung zum Beitritt zu richten und nach zwei Jahren wieder eine Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen zu berufen.

Die Vormittagssitzungen leitete die den Deutschen Gewerksvereinen nachstehende Margarete Friedenthal, die Nachmittagsitzungen der satzliche Pfarrer Beher, der in seinen Schlussworten die einigende Tendenz der Konferenz hervorhob und der Hoffnung auf willkürliche Erfolge mit dem Rufe Ausdruck gab: Auf Wiedersehen in zwei Jahren!

Ein Friedensvertrag in der Berliner Gelbmetallindustrie.

Zwischen der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten und dem Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter wurde folgender Vertrag abgeschlossen:

1. In Rücksichtnahme auf die Verhältnisse in der Berliner Gelbmetallindustrie werden die Forderungen der Arbeiter auf Festlegung von Minimallohn und eines Tarifvertrages, soweit ein solcher in den Betrieben noch nicht besteht, zurückgestellt, weil die Konkurrenz der Provinz und des Auslandes zurzeit derartige Festlegungen für alle Betriebe nicht durchführbar erscheinen läßt.
2. Bei etwaigen Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis, welche die unter 1. genannten Punkte nicht berühren, sollen in Zukunft zunächst die Chefs der betreffenden Fabriken, im Behinderungsfalle deren Vertreter, verpflichtet sein, die Beschwerden und Anträge der Arbeiter selbst zu unterrichten, bezw. die Arbeiter tunlichst sofort zu hören. Sie sollen sich bemühen, in gerechter Weise für die Beilegung etwaiger Differenzen zu wirken.
3. Unter diese Verhandlungen gehören auch Lohnfragen, sofern es sich um Mängel in Einzelbetrieben und Fragen der Arbeitszeit, ebenfalls sofern es sich um Mängel in Einzelbetrieben handelt. Ebenso sollen die Arbeitnehmer ihre Beschwerden und Anträge, wenn die Beamten der Fabriken nicht darauf eingehen, zunächst dem Chef der Fabrik unterbreiten. Entlassungen bezw. Nachregelungen solcher Arbeiter dürfen wegen ihrer Beschwerdebefreiung oder Antragstellung nicht erfolgen.
4. Die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten verpflichtet sich, auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß Überstunden nur in äußerster Notfällen gemacht werden. Bezüglich der Bezahlung der Überstunden verbleibt es prinzipiell bei dem zur Zeit in den verschiedenen Fabriken bestehenden Zustande, doch muß bei Vertragsabschluss der unter Punkt 5 dieses Vertrages genannten Kommission ein Aufschlag bewilligt werden. Ergibt diese Verhandlung keinen Majoritätsbeschluss, so bleibt es bei dem Bestehenden.

5. Wird bei Verhandlungen zwischen dem Chef und den Arbeitern keine Einigung erzielt, dann tritt auf Antrag innerhalb einer Woche eine paritätische Kommission zusammen, bestehend aus 3 Vertretern der Arbeitgeber und 3 Vertretern der Arbeitnehmer, welche von den beiderseitigen Leitungen der Organisationen von Fall zu Fall zu ernennen sind. Diese Kommission hat in voller Besetzung im Besitze beider streitenden Teile eine Unteruchung des Falles vorzunehmen und eine Einigung zu versuchen, und durch Majoritätsbeschluss den Streitfall zu entscheiden.

6. Kommt ein solcher wegen Stimmengleichheit nicht zustande, so wird ein unparteiischer Schiedsrichter gewählt. Diese Wahl erfolgt in einer gemeinsamen Konferenz, welche ebenfalls innerhalb einer Woche nach der unter Punkt 5 bezeichneten Kommissionsitzung stattfinden muß, und an welcher je drei Vertreter der beiderseitigen Organisationen in gleichberechtigter Form teilnehmen. Vor der Wahl des Schiedsrichters hat diese Konferenz mit Hinzuziehung der streitenden Teile nochmals eine Einigung zu versuchen.

Eine Liste derjenigen Personen, aus welchen die Schiedsrichter zu wählen sind, ist bei Abschluss dieses Vertrages festzulegen. Kommt in einzelnen Fällen eine Einigung über einen Schiedsrichter dieser Liste nicht zustande, so wird er durch das Los aus den Personen der Liste bestimmt. Die Ergänzung dieser Schiedsrichtersliste muß beim Abschluss einzelner stets innerhalb eines Vierteljahres und in gleicher Weise wie die erstmalige Auffüllung geschehen. Die Wahl der Schiedsrichter hat sich in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres für zwei Jahre zu erfolgen.

7. Die Vertragsschließenden Parteien werden auf ihre Mitglieder einwirken, daß vor Erledigung dieses Instanzweges weder die Arbeit niedergelegt noch ausgeperrt wird.

8. Mitglieder beider Vereinigungen, welche sich den Bestimmungen dieses Vertrages und den Entscheidungen der Kommissionen nicht fügen, müssen ausgeschlossen werden und können nur mit beiderseitiger Zustimmung wieder aufgenommen werden.

9. Dieser Vertrag tritt mit dem Tage der Unterzeichnung durch die vertragsschließenden Parteien in Kraft. Er läuft bis zum 1. April 1909. Eine Kündigung desselben muß 6 Wochen vor seinem Ablauf erfolgen, sonst läuft der Vertrag jeweils stillschweigend um ein Jahr weiter. Jede Partei ist für sich zur Kündigung berechtigt.

Berlin, den 21. Februar 1907.

Vereinigung Berl. Metallwaren-Fabrikanten
Der Vorstand
Fergewalt, Schulze,
G. Lachmann,
Generalrat des Gewerksvereins der Deutschen
Maschinenbau- und Metallarbeiter
R. Klein, H. Baldt,
J. Dornblüth.

Dieser Vertrag ist um deswillen besonders wichtig, weil durch ihn zum ersten Male die Unternehmer einer der wichtigsten Industrien Berlins mit einer Arbeiterorganisation auf dem Fuße der bürgerlichen Gleichberechtigung einen die Rechte der Arbeiter aner kennenden Friedensvertrag abgeschlossen haben. Nachdem nun endlich das Eis einseitiger Unternehmers herrschaft gebrochen, darf gehofft werden, daß sich dem beschriebenen und doch so wichtigen Anfang weitere Erfolge verhängnisvollen Zusammenwirkens anschließen werden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 8. März 1907.
Nach achtstägiger Dauer hat der Reichstag die erste Lesung des Etats am Dienstag beendet. Jetzt scheint es etwas schneller gehen zu sollen, denn am Mittwoch konnte bereits die Nachtragsforderung für Südwestafrica, welche bekanntlich die Ursache zur Auflösung des Reichstags war, in 1. Lesung erledigt werden. Der Nachtragsetat wird diesmal bestimmt bewilligt.

Im preussischen Abgeordnetenhause wird der Etat vor den Orierieren ebenfalls nicht mehr fertig. Die 2. Lesung des Kultusetats soll erst nach Ostern stattfinden. Beim Etat für Handel und Gewerbe traten Abg. Dr. Beyer und unser Verbandsredakteur Abg. Goldschmidt für eine Vermehrung der Fabrikinspektoren, Beteiligung der Bezugs- und der Arbeiter an der Fabrikinspektion und für eine Vergrößerung der Zahl der Inspektoren ein. Auch führte unser Kollege Goldschmidt lebhafteste Klage über die niedrigen Löhne der Arbeiter in der königlichen Porzellan-Manufaktur. Der Minister versprach, die vorgebrachten Klagen prüfen zu wollen. Schließlich werden sowohl der Reichstag wie das preussische Abgeordnetenhause Etatsnotige machen müssen, damit die Regierung auch nach dem 1. April die notwendigen Geldausgaben machen können.

Die **Scharfmaier** betreiben eine Feste gegen den Grafen **Pojadowsky**. Die konservativen „Hamburger Nachrichten“ schreiben in einem Artikel über „Unstimmigkeiten in der Reichsregierung“ sich die Finger wund, um dem Minister für Sozialpolitik den Rücktritt nahe zu legen. Gefessentlich wird Graf Pojadowsky als wiederholt im Gegensatz zum Reichstangler stehend geschildert. Der Reichstangler sei wiederholt mit dem Auftreten des Grafen Pojadowsky nicht einverstanden gewesen. Fürst von Bülow wünsche aber trotzdem nicht, daß der Staatssekretär seinen Abschied nehme. So lange Graf Pojadowsky, so meint das Blatt, sich nicht amtsmüde fühlt, so lange er also nicht selber den Wunsch zum Rücktritt zu erkennen gebe, werde ein Wechsel nicht eintreten.

Wir hoffen, daß Graf Pojadowsky, so schwer es ihm auch manchmal gemacht werden mag, auf seinem Posten bleibt. Schließlich würde doch kein besserer, sondern ein weit weniger arbeiterfreundlicher Minister der Sozialpolitik in seine Stelle kommen.

Ausflüsse Anerkennung hat nun auch die Fleischtorte bekommen. Im preussischen Landesökonomie-Kollegium, das in Berlin zu seiner Jahresversammlung zusammentrat, hat der neue Landwirtschaftsminister von Arnim darauf hingewiesen, daß die Fleischtuerung viel Mitleidung im Volke erregt habe, und daß es im dringenden Interesse der Landwirtschaft liege, solche Zustände für die Zukunft zu vermeiden. Sehr schön! Da bisher aber nur das Schweinefleisch billiger geworden ist, so kann von einer Ueberwindung der Fleischtuerung noch nicht gesprochen werden.

Der Minister riet dringend auf dem Gebiete der Jungviehzucht mehr zu tun; vielleicht könnten Genossenschaften gemeinsam zu benutzende Viehweiden herstellen, denn gerade der Weidenbetrieb lasse in vielen Teilen Deutschlands noch sehr zu wünschen übrig. Der Minister empfahl dann die Anstellung von Arbeitern. Der Abnahme der Bevölkerung auf dem platten Lande müsse gesteuert werden, sonst würden alle Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse fruchtlos bleiben. Herr v. Arnim gab auch zu verstehen, daß es ihm nicht unbekannt sei, daß die Landwirte von der Anstellung von Arbeitern nicht recht was wissen wollten. Schließlich ließe es aber doch das einzig wirksame Mittel, um der Unrenten auf dem Lande abzuhelfen.

Wenn der Minister so fortfährt, vernünftige liberale Anschauungen zu vertreten, dann wird er es bald ganz und gar mit der junkerlichen Spitze verdrängen.

Die beiden **Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin** und **Strelitz** sollen nun doch endlich einmal eine Verfassung bekommen. Die Großherzöge haben die Vorstehenden der Stände zu sich berufen, um ihnen zu eröffnen, daß im Staatsministerium eine neue Verfassungsvorlage in Vorbereitung sei, die den Ständen im nächsten Jahre vorgelegt werden solle. Der Landtag von Mecklenburg ist jetzt zusammengesetzt aus den Bürgermeistern der circa 40 Städte und aus den Besitzern der Rittergüter, die natürlich auch ein Teil der Bürgermeister erheblich überflutet. Gewählt wird niemand in dieses eigenartige Parlament. Der städtische Bürgermeister oder Besitzer eines Rittergutes ist, ist damit auch ohne weiteres „Volksvertreter“. Ob es wirklich gelingt, die beiden Mecklenburg in die Reihe moderner Staaten einzustellen, ist freilich fraglich. Selbst Preußen gegenüber, das noch das Drei-Klassenwahlrecht besitzt, wird es bezüglich der Unfreiheit des Volkes immer noch heißen „Mecklenburg in Deutschland voran!“

Arbeiterbewegung. Zwischen den Automobil- drockenbesitzern und den angefahrenen Fahrern in Berlin sind Einigungsverhandlungen vor dem Gewerkschaftsgericht angetupft worden, die das Ende des Kampfes jedenfalls näher gerückt haben. — Im Hamburger Hafen spitzen sich die Differenzen immer mehr zu. Der Hafenbetriebsverein hat öffentlich durch Anschlag bekannt gemacht, daß er künftig nur noch solche Arbeiter beschäftigen werde, welche sich bereit erklären, auf Anforderung Nacht- und Sonntagarbeit laut Lohnkartei zu verrichten. Die Arbeiter sollen ihre Bereitwilligkeit durch Unterschrift ausdrücklich bekunden. Damit dürfte jedenfalls der Konflikt nur noch vertagt werden. — Im Schneidergewerbe in Rönigsberg i. Pr. bestehen seit einiger Zeit Differenzen, die jetzt dazu geführt haben, daß die Arbeiter in den Streit zu treten beschloßen. — Auch in Elberfeld-Barmen sind die Damen Schneider in eine Lohnbewegung eingetreten und haben den Unternehmern einen Tarifvertrag unterbreitet. — Außerdem haben in Barmen die Holzarbeiter Forderungen gestellt, bei deren Ablehnung in den Streit getreten werden soll. Die Forderungen sind folgende: Neunstündige Arbeitszeit bei gleichem Lohn; die Mittagspause soll 1 1/2 Stunden betragen; die ersten zwei Überstunden (abends von 6 bis 8 Uhr) sollen mit 25 pCt., weitere Überstunden Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 pCt. Zuschlag

vergütet werden; auswärtige Montage soll mit mindestens 2,50 Mk. pro Tag vergütet werden, Fahrgehalt soll für Billets dritter Klasse bemittelt und die Fahrzeit als Überstunden berechnert werden; Montage innerhalb der Stadt unterliegt der freien Vereinbarung. — Die Tapezierer in Leipzig haben eine Bewegung eingeleitet, die Festlegung eines Minimallohnes, Forderungsbekämpfung, Regelung der Arbeitszeit usw. bezweckt. Die Zünfte lehnen die Forderungen nicht einfach ab, will aber nicht alles bewilligen. Darauf haben die Gehilfen beschloßen, an ihren Forderungen festzuhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß es zum Kampfe kommt. — Auf die von den Arbeitgebern verlangte Aussperrung haben die Maler und Anstreicher in Kagen mit der Proklamierung des Streiks geantwortet und verlangen namentlich bei 1/2stündiger Arbeitszeit 50 Pfg. Mindeststundenlohn für ältere Gehilfen, 45 Pfg. für Gehilfen in den ersten 3 Jahren und vom nächsten Jahre ab eine Erhöhung dieser Sätze um 2 Pfg.

In **Roskau** ist ein Streik der Schriftsetzer ausgebrochen. In den größten Druckerien sind die Streikenden sofort abgelost worden. — Im Verlaufe eines Streiks zwischen ausständigen und arbeitswilligen Mauern in Madrid schritt die Gendarmerie ein und gab mehrere Schüsse ab, durch die eine Anzahl von Arbeitern verwundet und getötet wurden. — In sämtlichen italiänischen Tabakfabriken Italiens werden am 11. März auf Anordnung des Zentralkomitees die Tabakarbeiter in den Ausstand treten.

Die **Leutenot** greift auch auf die westfälische Landwirtschaft über, wo man mit den Unken knauert. Da wird der nationalliberale „N. W. Zig.“ geschrieben:

„Bünde i. W., 27. Februar. In Westfalen ist die Leutenot auf dem Lande fast unerträglich geworden; dazu kommt, daß die städtischen Vermittlungsämter die Sache noch verschlimmern. Wenn sie überhaupt noch zu haben sind, verdienen Wägel jetzt 250 - 300 Mk., Anwohner (Bauermeister) 400 - 500 Mk., Viehwärter bis 700 Mk. pro Jahr (u. d. neben freier Station) und trotzdem steht sich alles nach Jobstweidert. Die Beschäftigung des Viehwärter erfordert das Doppelte gegenüber der Zeit, die vielleicht 4 - 6 Jahre juristisch. Man verwendet deshalb auch hier leistungsfähige Maschinen, die aber den Betrieb keineswegs billigen. Zudem steigen die Preise für Kraftfutter und Kunstdünger immer mehr und sind teilweise so teuer geworden, daß sie den Erfolg der intensiven Wirtschaft sehr in Frage stellen.“

„Und da mitgönnen“, so sagt die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes d. Landw., die Herren von der Linken dem so billigtig geplanten Landmann noch immer jede Vinderung seiner Not durch etwas bessere Verwertungspreise seiner Produkte? Das läßt tief blicken.“

Es gibt keinen Menschen, der dem geplagten Landmann die besseren Verwertungspreise seiner Produkte mitgönnen. Was die Herren von der Linken aber tadeln, das ist die lästige Beeinflussung der Preise. Die natürliche Preissteigerung wird ohne Murren hingenommen.

In **Raumburg a. S.** starb am Mittwoch der frühere Minister Dr. v. **Böttcher** im Alter von 74 Jahren. Der Verstorbene war der erste Staatssekretär im damals eben begründeten Reichsamt des Innern, in das er 1890 eintrat. Seine Hauptwerke waren die Durchsührung der Arbeiterversicherung und der Arbeiterschutzgesetze von 1891. Sehr unliebsam wurde sein Name genannt, als es herauskam, daß Fürst v. Bismarck dem Schwiegersohn v. Böttchers mit 1/2 Millionen Mark aus dem Bismarckfonds unter die Arme gegriffen hatte. Der Bismarckfonds konnte nicht kontrolliert werden; man nannte ihn wohl auch den Reptilienfonds. Fürst v. Bismarck nannte nach seinem Rücktritt den Verstorbenen einen „Kleber“ und schob ihm die Schuld an seinem Sturz zu. „Kleber“ nannte er ihn, weil er dank seiner Gewandtheit auch unter dem Grafen v. Caprivi im Amte blieb und sogar den dritten Reichstangler Fürsten v. Follenlohe noch erreichte.

Rußland hat wieder ein Parlament. Am Dienstag fand die 1. Sitzung der neuen Duma statt. Nach Schluß derselben fanden Straßenkundgebungen statt, bei welchen sozialdemokratische Deputierte Ansprachen an das Volk hielten. Die Polizei machte von der blanken Waffe Gebrauch bei einem Zusammenstoß mit der Volksmenge. Darüber herrscht große Erregung.

Die im neuen Parlament sehr stark vertretene Opposition wünscht dringend den Fortbestand der Duma, und selbst die sozialistische Presse rät zur Wähligung. Der Zusammenstoß mit der Polizei ist ihr daher auch wenig erwünscht gewesen. Den Sozialdemokraten bietet der Vorgang auf der Straße neue Kraft für ihre reaktionären Pläne. Darum befürchtet man, daß auch die zweite Duma kein allzu langes Leben haben werde. Jedenfalls spricht man schon von einem Geheiß, das die Befugnisse der Duma einzuschränken soll.

In einem **Berliner Restaurant** sollten **Rebel** und **Singer** am Geburtstage des Kaisers in fidele Stimmung Setzt gerunten haben. Ist es wirklich wahr, so geht es keinem Menschen etwas an, denn warum sollten **Rebel** und **Singer** nicht auch auf ihre Art den Geburtstag des Kaisers feiern. Insofern bestreiten beide die Richtigkeit dieser Meldung. **Rebel** hatte die Korrespondenz, aus welcher die Zeitungen die diesbezügliche Mitteilung entnommen hatten, eine „Kioale“ genannt. Um nun aber Herrn **Rebel** vor Gericht bringen zu können, um dort den Beweis zu führen, daß die Korrespondenz über **Rebels** und **Singers** freudträchtlichen Anspand richtig ist, hat die Redaktion der betreffenden Korrespondenz eine Beleidigungsklage gegen den Abgeordneten **Rebel** erhoben lassen.

Die Parteien sollten sich mehr und sachlich gründlicher um die Prinzipien streiten, um diese zu klären, die persönlichen Angelegenheiten der beteiligten Parteimänner aber lasse man ungehorsam.

Die **Verinigten Staaten von Nord-Amerika** zeigen gegenwärtig einen kulturellen Aufstieg und wenige Länder. Das hohe Ansehen, das die Vertreter der Wissenschaft immer mehr auch in Europa finden, das Blühen der Industrie, die soziale Besserstellung der breitesten Volksschichten, die Abnahme der Verbrechen und die damit verbundene Entleerung der Gefängnisse in verschiedenen Staaten und vieles andere mehr sind Beweise dafür. Eine große Anzahl tüchtiger Arbeiter der letzten Zeit beschäftigen sich damit, der Ursache dieser erfreulichen Entwicklung nachzugehen. Fast ohne Ausnahme wird sie mit in der mächtig sich entwickelnden Bewegung gegen die alkoholischen Getränke und die Trinkschauungen erkannt. Es wird offen ausgesprochen, daß die Bewegung noch größere Erfolge zu zeitigen gehabt hätte, wenn nicht von Europa und besonders von Deutschland alljährlich die vielen Einwanderer kämen, die vor allem die verderblichen Trinkschauungen, welche zunächst immer wieder zu überwinden seien, ins Land trügen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

Ortsverband Dresden.
Ein Jahr schwerer innerer Arbeit liegt hinter uns, denn es hatte der nennenswerte Ausschuss gleich von Anfang an mit mühsamen Kasernenverhältnissen zu kämpfen. Bei der Kasernenübergabe von 1905 war ein Mangel vorhanden, welcher erst in der zweiten Hälfte des Jahres beseitigt werden konnte.

Ein Antrag des Kollegen **Walter-Gr. 34.**, einem zweimaligen Ortsarbeitgeber von 6 Pfd. pro Mitglied zu erheben, wurde wohl fast einstimmig angenommen, aber von 4 Vereinen war bei Jaantwort nicht ein Wort hierfür abgegeben worden.

Eine weitere Arbeit erforderte auch die Regelung des Arbeitsnachweises. Seit Ausrückung eines Sozialbeamten von Seiten der Vereinigten Maschinenbauer von Dresden und Umgegend wurde von letzteren, welche dem Ortsverband angeschlossen sind, der Antrag zum Arbeitsnachweis vorgelegt. Trotz vieler Sitzungen des Ortsverbandes Ausschusses mit den Vereinigten Maschinenbauern konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

Hierauf sah sich der Ortsverband genötigt, die Überstunden des Arbeitsnachweises aufzugeben. Einen Bericht über den Arbeitsnachweis sowie Stellenvermittlung geben ihnen der **Verwalter Herr Spilger** sowie **Kollege Brant.**

Die Geschäftsstelle des Ortsverbandes wurden in 8 Vertreter- und 5 Ausschussmitgliedern sowie 5 Ortsverbandsversammlungen erledigt. Vorträge wurden in 3 Versammlungen gehalten und zwar über: 1. Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, Referent **Kollege Kausch**, 2. Die Aufgaben des Ortsverbandes, Referent **Kollege Schilling**, 3. Über den Gelebenswandel betr. die Berufsvereine, Referent **Kollege Fleischer**.

Auch wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten. In dieser sprach **Kollege Harrmann** Berlin über „Die Behütung von Streiks und Ausperrungen in England“. Diese Versammlung war die einzige, welche einen ziemlich guten Besuch zu verzeichnen hatte.

Entstürmen wurde eine in die Zeitungsredaktion der **Dresdener „Neuesten Nachrichten“** veranstaltet. Trotz dieser Vorträge war aber der Besuch der Versammlung ein so minimaler, daß in der letzten Versammlung im Dezember nur 12 - 15 Mitglieder anwesend waren. Hierüber ist es der neuen Leitung des Ortsverbandes vorgelegt, einen besseren Besuch der Versammlungen zu erzielen.

Doch einen Bericht hat auch unser Ortsverband zu verzeichnen. In vorigen Jahr war von dem damaligen Ausschuss bei dem Justizministerium der Antrag gestellt worden um Zulassung von Arbeiterhöfen. Nach bejahendem Antwort konnten wir dieses Jahr 5 Kollegen als Schöffen entsenden.

Für das Jahr 1907 hat sich die Zahl weiter erhöht. Es ist erstens, daß nun auch Arbeiter als Schöffen zugelassen.

Mit dem Wunsche, daß der neue Ausschuss bessere Fortschritte mit dem Ortsverband machen möge und ihm innere Zuchtigkeiten erspart bleiben, schließe ich meinen Jahresbericht.
R. W. Kerschbalsky.

Ortsverband Elbing.
Der Ortsverband umfaßte am Ende des Jahres 1906 5 Ortsvereine: Maschinenbauer I und II, Tischler, Großhändler, Metzger und Metzger und Tischler. Seine Geschäftsstelle wurden in 7 Ausschuss-, 2 kombinierter Ausschussmitgliedern